

„HINTER DER SCHULE“

der Gemeinde

KERLINGEN

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 23. Juli 1960 (BGBl. S. 341) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Gemeinderates vom 12.7.1968 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte auf Antrag der Gemeinde KERLINGEN durch den Landrat, Kreisbauamt - Abt. Planungsstelle - .

Festsetzungen gemäß § 9 Absatz 1 und 5 des Bundesbaugesetzes

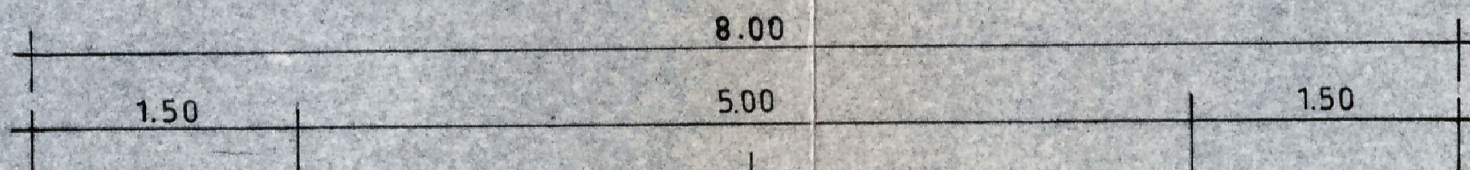
1. Geltungsbereich	SIEHE ZEICHNUNG
2. Art der baulichen Nutzung	
2.1 Baugebiet	DORFGEBIET
2.1.1 zulässige Anlagen	SIEHE § 5 (2) BAU NVO *
2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	ENTFÄLLT
2.2 Baugebiet	ENTFÄLLT
2.2.1 zulässige Anlagen	
2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
2.3 Baugebiet	ENTFÄLLT
2.3.1 zulässige Anlagen	
2.3.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
2.4 Baugebiet	ENTFÄLLT
2.4.1 zulässige Anlagen	
2.4.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
3. Maß der baulichen Nutzung	
3.1 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE ZEICHNUNG
3.2 Grundflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.3 Geschoßflächenzahl	SIEHE ZEICHNUNG
3.4 Baumaßenzahl	ENTFÄLLT
3.5 Grundflächen der baulichen Anlagen	ENTFÄLLT
4. Bauweise	OFFENE, EINZELHÄUSER
5. Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE ZEICHNUNG
6. Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE ZEICHNUNG
7. Mindestgröße der Baugrundstücke	~ 570 m ²
8. Höhenlage der baulichen Anlagen (Maß von OK Straßenkrone Mitte Haus bis OK Erdgeschoßfußboden)	NACH BESONDERER EINWEISUNG
9. Flächen für überdachte Stellplätze und Garagen sowie ihrer Einfahrten auf den Baugrundstücken	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHEN
10. Flächen für nicht überdachte Stellplätze sowie ihrer Einfahrten auf die Baugrundstücke	ENTFÄLLT
11. Baugrundstücke für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
12. Überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	GESAMTER GELTUNGSBEREICH

* ZULÄSSIG SIND

- | | |
|--|--|
| 1. WIRTSCHAFTSSTELLEN LAND-UND FORSTWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE, | 6. HANDWERSBETRIEBE, DIE DER VERSORGUNG DER BEWOHNER |
| 2. KLEINSIEDLUNGEN UND LANDWIRTSCHAFTLICHE NEBENERWERBSSTELLEN, | DES GEBIETES DIENEN, |
| 3. WOHNGEBÄUDE, | 7. SONSTIGE NICHT STÖRENDE GEWERBEBETRIEBE, |
| 4. BETRIEBE ZUR VERARBEITUNG UND SAMMLUNG LAND-UND FORSTWIRTSCHAFTLICHER ERZEUGNISSE, | 8. ANLAGEN FÜR ÖRTLICHE VERWALTUNGEN (a) SOWIE FÜR KIRCHLICHE (b) KULTURELLE (c) SOZIALE (d) GESUNDHEITLICHE (e) UND SPORTLICHE ZWECKE (f) |
| 5. EINZELHANDELSBETRIEBE (a) SCHANK UND SPEISEWIRTSCHAFTEN (b) SOWIE BETRIEBE DES BEHERBERGUNGSGEWERBES (c), | 9. GARTENBAUBETRIEBE, |

STRASSENPROFIL „A“

M. 1:50



10. TANKSTELLEN.

13. Baugrundstücke für besondere bauliche Anlagen, die privatwirtschaftlichen Zwecken dienen und deren Lage durch zwingende städtebauliche Gründe, insbesondere solche des Verkehrs, bestimmt ist ..ENTFÄLLT.....
14. Grundstücke, die von der Bebauung freizuhalten sind und ihre Nutzung ..ENTFÄLLT.....
15. Verkehrsflächen ..SIEHE ZEICHNUNG.....
16. Höhenlage der anbaufähigen Verkehrsflächen sowie der Anschluß der Grundstücke an die Verkehrsflächen. NACH BESONDEREM PLAN.
17. Versorgungsflächen ..ENTFÄLLT.....
18. Führung oberirdischer Versorgungsanlagen und -leitungen ..ENTFÄLLT.....
19. Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwässern und festen Abfallstoffen ..ENTFÄLLT.....
20. Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe ..ENTFÄLLT.....
21. Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen ..ENTFÄLLT.....
22. Flächen für die Landwirtschaft und für die Forstwirtschaft ..ENTFÄLLT.....
23. Mit Geh-, Fahr-, und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit, eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen ..ENTFÄLLT.....
24. Flächen für Gemeinschaftsstellplätze und Gemeinschaftsgaragen ..ENTFÄLLT.....
25. Flächen für Gemeinschaftsanlagen, die für Wohngebiete oder Betriebsstätten innerhalb eines engen räumlichen Bereichs aus Gründen der Sicherheit oder Gesundheit erforderlich sind ..ENTFÄLLT.....
26. Die bei einzelnen Anlagen, welche die Sicherheit oder die Gesundheit der Nachbarschaft gefährden oder beeinträchtigen von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung ..ENTFÄLLT.....
27. Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern ..ENTFÄLLT.....
28. Bindungen für Bepflanzungen und die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern ..ENTFÄLLT.....

Aufnahme

von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Amtsbl. S. 293)

.....ENTFÄLLT.....

Aufnahme

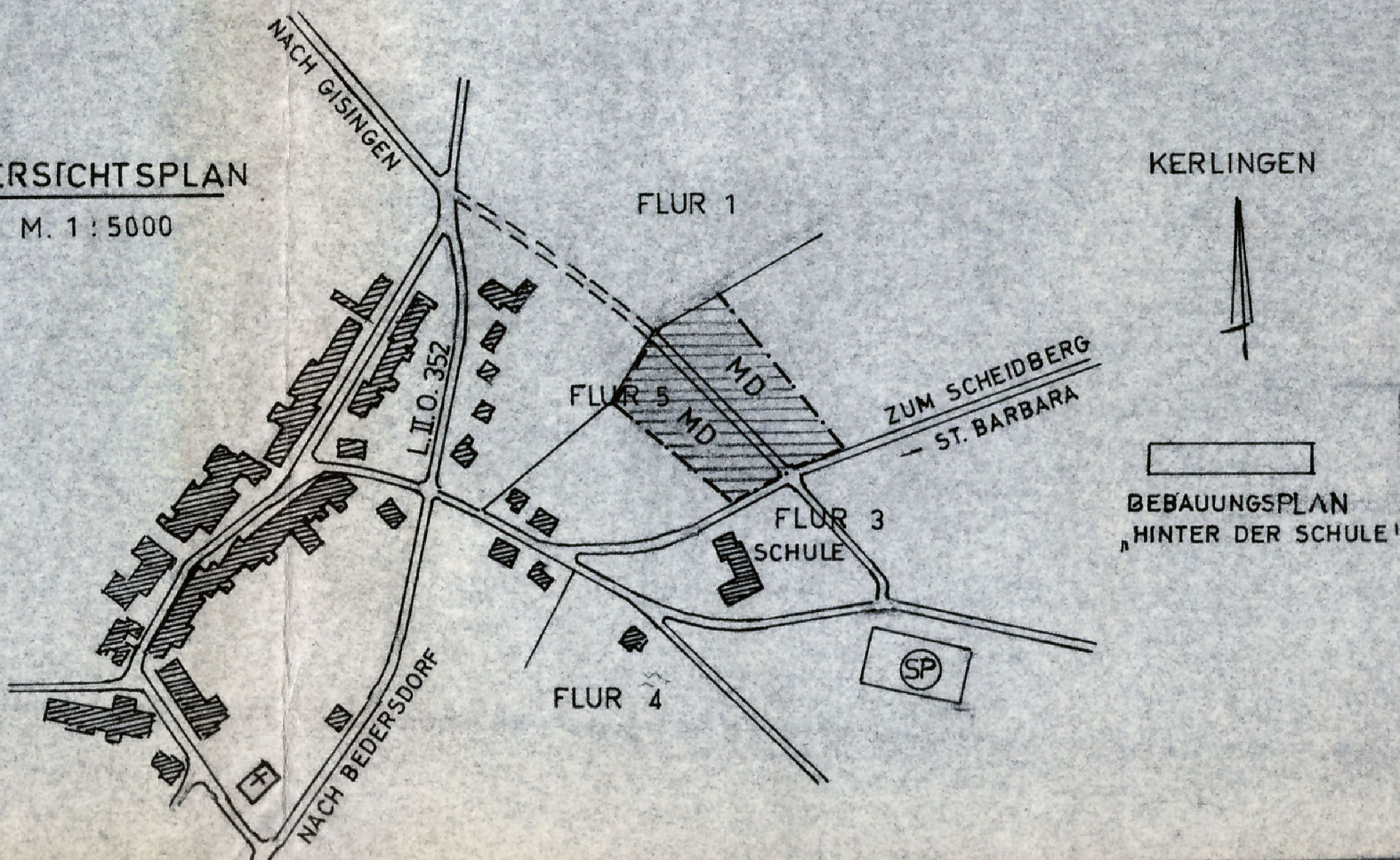
von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 2 BBauG in Verbindung mit § 2 der Zweiten Verordnung zur Durchführung des Bundesbaugesetzes vom 9. Mai 1961 (Amtsbl. S. 293).

Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 3 BBauG

1. Flächen, bei deren Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen erforderlich sind
2. Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgewalten erforderlich sind

ÜBERSICHTSPLAN

M. 1 : 5000



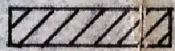









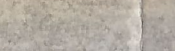



3. Flächen, unter denen der Bergbau umgeht
4. Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind

Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen
gemäß § 9 Abs. 4 BBauG

1.
2.

Planzeichen-Erläuterung

	Geltungsbereich		VORGARTEN
	Bestehende Gebäude		KANAL
	Geplante Gebäude		
	Bestehende Straßen		
	Geplante Straßen		
	Bestehende Grundstücksgrenzen		
	Geplante Grundstücksgrenzen		
	Baulinie		
	Baugrenze		
	Entwässerungsrichtung		
	Wasserleitung		
	Starkstromleitung		
	Garagen		
	OFFENE..... Bauweise, EINZELHÄUSER		
	Z Geschosßzahl		
	GRZ Grundflächenzahl		
	GFZ Geschosßflächenzahl		
	WR Reines Wohngebiet		
	WA Allgemeines Wohngebiet		
	SO Sonderbaugebiet		

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2 Abs. 6 BBauG ausgelegen vom *7.11.1968*
bis *6.12.1968* Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung
vom Gemeinderat am *4.2.1969* beschlossen.

Kerlingen den *4. Februar* 196*9*
Der Bürgermeister:

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt.
Saarbrücken, den *16. Juni* 196*9*

SAARLAND
Der Minister des Innern
- Oberste Landesbaubehörde -
I. A.
Mink
Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am *3. Juli 1969* ortsüblich
bekanntgemacht.
Kerlingen den *16. Juli* 196*9*

Der Bürgermeister:

DER LANDRAT DES LANDKREISES SAARLOUIS
KREISBAUAMT – PLANUNGSSTELLE

GEMEINDE: KERLINGEN AMTSBEZIRK: WALLERFANGEN

BEBAUUNGSPLAN
"HINTER DER SCHULE"

Maßstab: 1 : 500	Blatt:
Gezeichnet: <i>Müller</i>	Saarlouis, DEN 9.9. 1968
Bearbeitet:	<i>W. Schaar</i>
Gprüft:	(SCHAAR) KREISOBERBAURAT